

Eckpunkte für einen Bildungspolitischen Orientierungsrahmen

Teil I: Unser Verständnis von Bildung und guter Bildungspolitik

Bildung ist mehr als nur Wissen. Bildung ist vor allem die Fähigkeit, Wissen zu nutzen, Zusammenhänge zu erkennen, zu verstehen und zu beurteilen, Chancen und Verantwortung wahrzunehmen. Bildung ist ein wichtiger Baustein für ein selbstbestimmtes Leben jedes und jeder einzelnen, und sie ist ein wichtiger Baustein für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Bildung und Wissen verbreitern die Basis der sozialen Demokratie. Bildung stärkt die Orientierungsfähigkeit in einer komplexen Welt. Sie ermöglicht Verständigung in einer Vielfalt der Kulturen und einer globalen Gesellschaft. Wir können und wir müssen unseren Kindern das Wichtigste mitgeben, was sie für eine gute Zukunft brauchen: Bildung, Erziehung, fundiertes Wissen und eine qualifizierte Berufsausbildung.

In der globalen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts ist Bildung unser wichtigster und entscheidender Energieträger. Nur die bestmögliche Ausschöpfung unserer Bildungsreserven sichert unseren Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer. Das gilt für den einzelnen Menschen ebenso wie für unser Land als Ganzes.

Deswegen muss Bildung allen offen stehen – ein Leben lang.

Bildung ist nicht erst im 21. Jahrhundert eine, wenn nicht **die** soziale Frage. Bildung war schon immer die soziale Frage der Industriegesellschaft. Ausschluss von Bildungschancen war immer auch Ausschluss von der Möglichkeit einer den Talenten der Menschen angemessenen gesellschaftlichen Teilhabe und politischer Beteiligung. Allen Menschen die Chance einer umfassenden Bildung zu ermöglichen, war ein Ursprung der Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert.

Nur aktivierende Bildungspolitik ist gute Bildungspolitik. Sie stärkt und fördert die Fähigkeiten des Einzelnen, stärkt seine sozialen Kompetenzen und befähigt ihn seine gesamten Potenziale in den Bildungsprozess einzubringen. Gleichzeitig schafft sie Bildungseinrichtungen, die als eigenverantwortliche Akteure mit großer Handlungskompetenz in ihre soziale Umwelt eingebunden sind und zur sozialen und ökonomischen Weiterentwicklung entscheidende Beiträge leisten.

Auf der Tagesordnung steht nicht mehr und nicht weniger als ein schrittweiser, aber umfassender Umbau unseres Bildungswesens, der Schulen und Hochschulen von staatlicher Lenkung in eine verantwortliche Selbststeuerung entlässt. Daran sollen und müssen alle mitwirken. Jede Politik im Alleingang von oben wäre verfehlt. Unsere Bildungspolitik will aktivieren, nicht bevormunden.

Wir setzen auf eine aktivierende Bildungspolitik, auf einen öffentlichen Bildungsdiskurs und eine Reformkultur, die alle Beteiligten und Betroffenen auf gleicher Augenhöhe einbezieht, dabei aber die unterschiedlichen Rollen und Verantwortlichkeiten nicht verwischt oder gar aufhebt. Wir wollen mehr Transparenz bei der Zielsetzung, mehr Dialog über Verantwortungsteilung, mehr Kooperation bei gemeinsamer Leistungserbringung. Aus diesem Mehr an Mitsprache, Selbstständigkeit und Autonomie erwächst auch ein Mehr an Eigenverantwortung und Engagement. Im Zuge einer zunehmenden Selbstständigkeit unserer Schulen streben wir eine Neubestimmung und Zuordnung von Aufgaben des Staates und der Kommunen an.

Wir verstehen aktivierende Bildungspolitik als einen wichtigen Beitrag zur modernen Zivilgesellschaft.

Teil II: Was wir erreichen wollen

1. Chancengleichheit und Leistungsprinzip sind zwei Seiten einer Medaille

Unsere Grundüberzeugung hat Bestand: Wir wollen auch künftig Chancengleichheit und die bestmögliche Entfaltung der individuellen Fähigkeiten.

Unser Ziel bleibt es, die unterschiedlichen Fertigkeiten, Fähigkeiten und Begabungen aller zu fordern und zu fördern. Jeder Mensch muss die Chance haben, den seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend höchsten Bildungsstand zu erreichen und lebensbegleitend fortzuentwickeln. Das soziale und wirtschaftliche Umfeld oder die Herkunft dürfen nicht bestimmend dafür sein, was ein Mensch erreichen kann. Deswegen steht jeder einzelne und seine individuelle Förderung im Mittelpunkt bildungspolitischen Handelns. Alle unsere Bürgerinnen und Bürger sollen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss verfügen.

Unsere Gesellschaft braucht eine Leistungsspitze, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist und die jedem und jeder offen steht. Unser Verständnis von Chancengleichheit ist es, die Chancen für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche zu mehren und nicht die Chancen derer einzuschränken, die heute schon gute Rahmenbedingungen für ihren Bildungsweg haben.

2. Jeder qualifizierte Abschluss hat seinen Wert

Wir wollen mit einer guten Bildungsinfrastruktur und mit den Mitteln des Förderns und Forderns jede und jeden in die Lage versetzen, den bestmöglichen qualifizierten Bildungsabschluss zu erlangen und Eltern und Kinder dazu ermuntern, Chancen wahrzunehmen. Bildung hat viele Facetten, und jede hat ihren Wert für den einzelnen und die Gesellschaft. Jeder Abschluss – ob Hochschulabschluss oder Berufsausbildung – hat seinen Wert und sein spezifisches Anforderungsniveau. Wir wollen so viele Abiturienten wie möglich – aber mit einem Abitur, das nicht nur zum Hochschulzugang berechtigt, sondern ein erfolgreiches Hochschulstudium erwarten lässt.

3. Wissen braucht ein menschliches Maß

Die rasant fortschreitende Vermehrung des Wissens und die wachsende Bedeutung formaler Bildungsabschlüsse für das Erreichen von beruflichen Zielen dürfen nicht zur Ausgrenzung führen. Wir wollen verhindern, dass ein neues Bildungsproletariat entsteht, das den Anschluss an Bildung verfehlt und somit den sozialen Anschluss verliert. Damit der einzelne nicht in der Wissensflut ertrinkt, geht es neben dem Erwerb von solidem Fachwissen und formalen Fähigkeiten um die Vermittlung von Wertmaßstäben und Schlüsselqualifikationen, die Orientierung erleichtern, das Urteilsvermögen stärken und soziale Kompetenzen herausbilden. Wissen braucht ein menschliches Maß. Wir wollen eine Gesellschaft mündiger Bürgerinnen und Bürger, die Chancen haben und in der Lage sind, sie zu erkennen und zu nutzen.

4. Wir brauchen bildungspolitische Leitbilder

Bildungspolitik kann und darf nicht gegen die Menschen, sie kann nur mit ihnen entschieden werden. Deshalb werden wir mit Eltern, mit Lehrenden und Lernenden, mit Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und Kirchen, mit Vertreterinnen und Vertretern von Freizeit-, Kultur- und Sportinstitutionen und mit den Medien einen breiten Dialog über bildungspolitische Leitbilder führen. Unser Ziel ist ein bildungspolitischer Konsens als Basis eines funktionierenden Bildungssystems.

5. Bildung und Erziehung gehören zusammen

Wir wollen unsere Kinder und Jugendlichen zu gegenseitigem Respekt, gemeinsamer und persönlicher Verantwortung, Fairness und Ehrlichkeit, Solidarität und Leistungsbereitschaft erziehen. Sie sollen Toleranz lernen und erfahren. Dazu gehört auch die Vermittlung eines Wertegerüsts – Pflichtbewusstsein, Disziplin und Verlässlichkeit und angemessene Möglichkeiten ihrer Durchsetzung eingeschlossen. Gleichgültigkeit und Partikulardenken gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Junge Menschen brauchen Lob und Tadel, Anerkennung und Kritik, Freiheiten und individuelle Grenzen. Bildung und Erziehung gehören zusammen. Kindergarten und Schule allein wären überfordert, wenn die Erziehungsarbeit bei ihnen abgeladen würde. Erziehung setzt Werte voraus, die der Staat weder definieren noch durchsetzen kann, wenn dahinter kein gesellschaftlicher Konsens über Grundprinzipien steht, auf deren Grundlage sich Individualität in der und für die Gemeinschaft entfalten kann. Deswegen brauchen wir vor Ort Bündnisse für Erziehung und Beratungsangebote für Eltern in Erziehungsfragen.

Aber nicht nur Elternhaus und staatliche Bildungsinstitutionen stehen in der Verantwortung. Alle, denen vor allem die jungen Menschen in ihrer Entwicklung anvertraut sind, müssen sich dieser Verantwortung immer wieder aufs Neue stellen. Dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist ein konstitutives Element der demokratischen Gesellschaft und der *sozialen* Marktwirtschaft.

Die Medien und die Werbewirtschaft spielen in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle. Auch mit ihnen wollen wir in einen Dialog über ihren Beitrag zur Erziehung und Wertevermittlung gegenüber der jungen Generation treten.

6. Bildung ist die beste Grundlage für eine gelungene Integration

Deutschland ist ein Einwanderungsland und steht vor besonderen Herausforderungen zur Integration der zugewanderten Menschen. Es ist eine wichtige Aufgabe, aktivierender Bildungspolitik die Ressourcen von Menschen mit Migrationshintergrund für die gesellschaftliche Entwicklung nutzbar zu machen und ihre Zukunftschancen in unserem Land zu stärken. Unser Bildungssystem muss einen entscheidenden Beitrag zur Gewinnung größerer interkultureller Kompetenz leisten. Dazu müssen die besondere Situation der Menschen mit Migrationshintergrund aufgegriffen und ihre Potenziale gefördert werden. Mehrsprachigkeit ist ein solches Potenzial und kein Defizit. Dennoch gilt auch, dass für eine erfolgreiche Integration die Beherrschung der deutschen Sprache Voraussetzung ist. Sie soll vor der Einschulung gelernt sein. Für Kinder, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, sollen Sprachkurse obligatorisch werden. Die Bildungseinrichtungen in unserem Lande werden wir bei ihrer wichtigen Aufgabe unterstützen, Kurse zur sprachlichen und gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund durchzuführen.

Unsere Bildungseinrichtungen sind nicht nur Orte des Lernens sondern auch integrierter Bestandteil ihrer sozialen Umwelt. Sie sind verbunden mit den Menschen, den Vereinen und Verbänden und der Wirtschaft vor Ort. Unsere Bildungseinrichtungen stehen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf vor großen Herausforderungen. Diese werden nur bewältigt werden können, wenn die Bildungsbemühungen eng verknüpft werden mit einer kontinuierlichen Entwicklung dieser Umwelt und einer besonderen Unterstützung der Einrichtungen an diesen Orten. Dazu gehören auch eine stärkere Ausrichtung der Finanzierung und Personalausstattung auf die besonderen Bedingungen der einzelnen Schule und ihrer sozialen und integrativen Leistungen sowie eine enge Verzahnung mit der Kommunalpolitik, da nur ortsnah besondere Belastungen für einzelne Schulen beurteilt werden können.

7. Bildung bleibt eine öffentliche Aufgabe

In der demokratischen Gesellschaft bleibt Bildung eine staatliche Kernaufgabe, die dem Gemeinwohl dient. Nur ein Bildungswesen in öffentlicher Verantwortung garantiert den offenen Zugang zu allen Bildungsgängen. Wenn das Gemeinwesen Leistungen für alle erbringt, darf es allerdings auch die Leistung eines jeden Einzelnen erwarten.

Private Bildungsanbieter und marktwirtschaftliche Elemente können zur Belebung und Bereicherung des Bildungswesens vieles beitragen. Sie sind aber nie mehr als sinnvolle Ergänzungen. Den Ansprüchen an die künftige Reichweite von Bildung und Erziehung werden sie nicht gerecht, vor allem können Sie die Entfaltung und zeitgemäße Förderung der Chancengleichheit als Dreh- und Angelpunkt jeder modernen Bildungspolitik weder leisten noch garantieren.

In den jetzt laufenden GATS-Verhandlungen werden wir darauf achten müssen, dass die Struktur des öffentlichen Bildungswesens in Deutschland weiterbestehen kann und dass die Einhaltung von Qualitätsstandards auch bei privaten Anbietern verpflichtend festgelegt werden kann. Bildung ist keine ausschließlich dem freien Markt zu überlassende Dienstleistung. Sie bestimmt mit über die Zugänge von Menschen zu unserer Gesellschaft und sie muss Qualitätskriterien genügen.

Teil III: Zukunftsorientierte Bildungspolitik auf solidem Fundament

8. Wir haben Erfahrung in Sachen Bildung

In dreieinhalb Jahrzehnten sozialdemokratisch geführter Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen stand der Einsatz für ein leistungsfähiges Bildungssystem immer an vorderster Stelle. Das Umfeld für die Bildungspolitik war und ist schwierig, weil unsere Bevölkerungs- und Sozialstruktur heterogener ist als anderswo, aber auch weil das bildungspolitische Klima vor diesem Hintergrund lange Zeit sachgerechte Strukturentscheidungen erschwert hat. Unter diesen schwierigen Bedingungen haben wir in dieser Zeit viel erreicht:

- Wir haben das Bildungssystem seit den sechziger Jahren modernisiert und ausgebaut und die Bildungsbeteiligung auf das Niveau eines modernen Industrielandes gebracht.
- Wir haben die Bildungsbenachteiligung ländlicher Regionen beseitigt.
- Wir haben die Chancen von Mädchen und jungen Frauen deutlich verbessert.
- Wir haben das Recht auf einen Kindergartenplatz für alle verwirklicht.
- Bei der Betreuung von Grundschulkindern außerhalb des Unterrichts hat NRW den Spitzenplatz unter den westlichen Bundesländern.
- Wir haben mit dem Konzept des Berufskollegs ein vorbildliches berufliches Schulwesen geschaffen.
- Wir haben seit den neunziger Jahren einen klaren Kurs der Qualitätsverbesserung eingeschlagen, indem wir die Kernfächer gestärkt, Abiturüberprüfungen eingeführt und mit der Evaluationsentwicklung begonnen haben.
- Wir haben außerdem bei der inneren Schulreform erfolgreiche Erfahrungen gesammelt; dafür stehen die Aufstellung von Schulprogrammen, die Stärkung der Schulleitungen, die schulscharfe Einstellung von Lehrkräften oder der Modellversuch Selbstständige Schule.
- Wir haben nicht zufällig eine der höchsten Ausbildungsquoten im Sekundarbereich II. Über 90 % verlassen sie mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder mit dem Abitur.
- Wir haben ein dichtes und bedarfsorientiertes Weiterbildungsangebot.

- Wir haben die dichteste Hochschullandschaft in Europa, die sowohl ihrer regionalen als auch internationalen Verantwortung nachkommt.
- Wir haben die Wettbewerbsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung „made in NRW“ systematisch gestärkt und Grundlagen für eine Hochschulentwicklungsplanung gelegt. Dazu gehören die moderne Globalsteuerung der Hochschulen über Zielvereinbarungen bei gleichzeitiger Planungssicherheit durch den Qualitätspakt, die verbesserte Profilbildung in unserer Hochschullandschaft, die Verbesserung der Struktur von Studiengängen, die Einführung konsekutiver Studiengänge, die Einsetzung des Expertenrates, die begonnene Umsetzung seiner Empfehlungen sowie kontinuierliche Evaluation und Qualitätsverbesserung.
- Mit der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes im Jahr 2000 wurden wichtige und richtige Weichenstellungen vorgenommen. Dies sind die stärkere Arbeitsweltorientierung und Regionalisierung der Weiterbildung, die Stärkung der professionellen Infrastruktur in den Einrichtungen und das Bekenntnis zur kommunalen Pflichtaufgabe Volkshochschule.

Und: Wir haben viele engagierte Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Ausbilderinnen und Ausbilder, Professorinnen und Professoren. Und wir haben entgegen manchen Unkenrufen eine durchaus lernbereite und motivierte Jugend. Das zeigt die neueste Shell-Studie.

Wir wissen aber auch: Bildungspolitische Entscheidungen müssen sich in einer nicht im Detail vorhersehbaren Zukunft bewähren. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, aber wir müssen willens und in der Lage sein, Korrekturen vorzunehmen, wenn die reale Entwicklung sich anders vollzieht als das zum Zeitpunkt früherer Entscheidungen absehbar war.

Teil IV: Neue Zeiten verlangen neue Antworten

9. Bildungspolitik ist Zukunftspolitik mit Mut zu Kontinuität *und* zur Korrektur

Die PISA-Studie hat einen wichtigen Anstoß dazu gegeben, Strukturen und Inhalte unserer Bildungslandschaft zu hinterfragen, weil das deutsche Schulsystem weder die internationale Qualitätsspitze erreicht noch Bildungsbenachteiligungen in genügendem Ausmaß entgegen steuert.

Sicher gelernte politische Antworten aller Parteien stehen in Zweifel, unsere nicht ausgenommen.

Wir waren davon überzeugt, auf unserem Weg zu mehr Chancengleichheit und Qualität schon wesentlich weiter gekommen zu sein, als das nach neueren Untersuchungsergebnissen tatsächlich der Fall ist. Auch die Annahme, dass wir mit traditioneller staatlicher Steuerung den Alltag des Unterrichts wesentlich verbessern könnten, erscheint seit PISA in einem anderen Licht.

Die PISA-Studie gibt keine Veranlassung dazu, alles Erreichte in Frage zu stellen. Das zu tun, ist in der politischen Auseinandersetzung legitim, hilfreich für eine sachgerechte Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft ist es nicht.

Aber die PISA-Studie gibt Anlass, kritisch Bilanz zu ziehen, wo wir auf dem richtigen Weg sind und wo Verbesserungsbedarf besteht.

10. Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft. Bildung muss Priorität haben

Bildung ist *das* Zukunftskapital unserer Gesellschaft. Bildungsausgaben - im weitesten Sinne: für Kindergarten, Schule, Hochschule, die berufliche Bildung und die Weiterbildung - sind Beiträge zu unserer Zukunftsvorsorge und damit Investitionen. Sie gehören in die Investitionshaushalte der öffentlichen Hand und genießen Priorität. Wir bekennen uns zur Priorität von Bildung und fordern die EU, den Bund, das Land und die Gemeinden auf, ihre Bildungsausgaben deutlich zu steigern. Dabei wissen wir: Auch die Mittel für die Bildung konkurrieren mit anderen wichtigen Aufgaben, die das Gemeinwesen zu leisten hat. Deshalb enthebt uns die Bedeutung eines guten Bildungssystems nicht der Verpflichtung, die verfügbaren Ressourcen effizient zu nutzen. Quantität allein kann Qualität nicht ersetzen. Das betrifft die Bildungsinhalte ebenso wie die Bildungsinfrastruktur.

Derzeit ist unsere Bildungsfinanzierung unausgewogen. In einzelnen Bildungsbereichen - etwa dem Kindergarten oder der Weiterbildung - werden Beiträge erhoben, andere Bildungsangebote sind weitgehend beitragsfrei.

Wir brauchen eine Bildungsfinanzierung, die alle Bildungsbereiche in einem Gesamtsystem integriert. In einem solchen System muss gelten, dass sozial Starke zumutbare eigene Beiträge leisten, während sozial Schwächeren - insbesondere den sog. bildungsfernen Schichten - der Zugang zu Bildung durch gezielte und wirksame Förderung erleichtert werden muss.

Teil V: Ein leistungsfähiges Bildungssystem braucht leistungsfähige Bildungsinstitutionen auf allen Ebenen

Kindergarten

11. Der Stellenwert von Bildung in unseren Kindergärten muss weiter gestärkt werden

Der Kindergarten bietet für viele Kinder außerhalb der Familie die erste prägende Erfahrung im Erleben von Gemeinschaft. Der Kindergarten ist der erste Prüfstein für Chancengleichheit auf dem Bildungsweg. Er muss vor dem Hintergrund heterogener Sozialstrukturen die musischen, motorischen, sozialen, interkulturellen und vor allem sprachlichen Fähigkeiten und die Lust am Lernen entwickeln helfen, deren Fehlen für viele schon am Anfang der Schullaufbahn kaum mehr zu überwindende Hürden aufbaut.

Die finanzielle Unterstützung der Kindertagesstätten soll sich an den sozialen und integrativen Herausforderungen vor Ort differenzieren. Einrichtungen in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen müssen besondere Förderung erhalten.

Die guten Ergebnisse der skandinavischen Länder bei der PISA-Studie sind auch auf eine bessere Verzahnung der Kindergärten mit den Grundschulen zurückzuführen. Deshalb ist es nötig, eine Schuleingangskonferenz einzuführen, die individuelle Förderbedarfe feststellt.

Unseren Kindergärten müssen ihre Bedeutung als frühkindliche Bildungseinrichtung weiter ausbauen. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss stärker auf diese Anforderungen eingehen. Der Besuch des so weiter entwickelten Kindergartens muss für das letzte Jahr vor dem Schuleintritt verpflichtend werden.

Schule – Haus des Lernens

12. Das Schuleingangsalter senken, die Schulzeit verkürzen, die lebensbegleitende Bildung stärken

Wir treten dafür ein, das Schuleingangsalter und die Schuleingangsphase flexibler zu handhaben. Schule ist für die Kleinen keine lästige Pflicht. Guter Unterricht fördert die Lust am Lernen gerade in der Lebensphase, die für die Entwicklung junger Menschen lebensbestimmend ist und in der die Aufnahmefähigkeit nach Auffassung aller Experten am größten ist.

Weiterhin treten wir dafür ein, auch die Schulzeit der gymnasialen Oberstufe zu flexibilisieren. Dazu gehört die Entfrachtung der Curricula und die Verdichtung der Unterrichtszeiten innerhalb des Schuljahres.

13. Die Selbständige Schule ist unser Modell für die Zukunft. Sie öffnet Wege für Vernetzung und Rücksichtnahme auf lokale Besonderheiten

Optimaler Bildungserfolg und gute Chancen für alle Lernenden stehen nicht im Widerspruch zu einer Kultur des Wettbewerbs, im Gegenteil: bessere Kenntnis örtlicher Gegebenheiten und der Einsatz für die „eigene“ Schule oder Hochschule schärfen den Blick für den Bedarf vor Ort, schaffen Identität und steigern die Motivation von Lehrenden und Lernenden, Ressourcen zu erschließen und bedarfsgerecht einzusetzen. Die Schulen der Zukunft werden deshalb bei der Entscheidung darüber, wie die Bildungsziele erreicht werden, selbständiger als heute agieren. Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit und hohe Qualität der Bildung erfordern gleichermaßen eine konsequente Standardsicherung und konsequente Förderung in unseren Bildungseinrichtungen. Standardsicherung und Förderung gehören zusammen.

NRW kann dabei gut auf die in den letzten Jahren eingeführten Verfahren der schulinternen Qualitätssicherung aufbauen. Wir wollen zukünftig den Unterricht auf allen Altersstufen an den gemeinsamen Standards der Länder (KMK) ausrichten. Mit Hilfe von landesweiten Lernstandserhebungen wollen wir die Lernentwicklung und den Förderbedarf der Schüler und Schülerinnen feststellen und eine darauf aufbauende Förderung ermöglichen. Auf diesen Schritten aufbauend halten wir teilzentrale oder zentrale Abschlussprüfungen zum Ende der Sekundarstufe I und II als weitere Elemente der Standardsicherung für sinnvoll.

Die Selbständige Schule ermöglicht neue Allianzen für Kreativität und eröffnet neue Wege der Vernetzung. Wir wollen einen integralen Ansatz zwischen den Schulen, den Trägern kultureller Bildung und Kultureinrichtungen. Bildungs-, Jugend- und Kulturpolitik müssen besser und verlässlich kooperieren können.

Mehr Selbständigkeit für die einzelne Schule heißt nicht Rückzug aus der Verantwortung, sondern sie nimmt das Land mehr als bisher in die Pflicht, für gleichwertige Bildungschancen zu sorgen. Angesichts der heterogenen Sozialstruktur muss das Land besondere Sorge tragen, dass Schulen in sozial schwierigerem Umfeld Selbständigkeit genau so produktiv nutzen können wie in günstigerem Umfeld.

Chancengleichheit und individuelle Leistungsentfaltung zu gewährleisten, setzt voraus, dass wir die lokalen Ausgangsvoraussetzungen noch stärker in den Blick nehmen. Und: Dass wir die lokalen Ausgangsvoraussetzungen nicht als gegeben betrachten. Die Bildungsinstitutionen müssen auf Besonderheiten der Sozialstruktur, des Arbeitmarktes und der Stadtteilstruktur flexibel eingehen, Anstrengungen zur Verbesserung der örtlichen Bedingungen ersetzen können sie nicht.

14. Mehr Identität und Identifikation für unsere Schulen

Die Schule muss einen anderen Stellenwert bekommen, um zu einer echten Plattform dafür zu werden, dass junge Menschen ihre individuellen Fähigkeiten in der Gesellschaft bestmöglich entwickeln können. Die Schule muss Identität haben und Identität stiften. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit fördert das soziale Verhalten ebenso wie die Lust an der Leistung für die Lernenden und die Lehrenden. Eltern müssen die Gewissheit haben, dass ihre Kinder in der Schule in jeder Beziehung gut aufgehoben sind: Das gilt für die Verlässlichkeit der grundlegenden Bildungsinhalte und -techniken ebenso wie für die Förderung der individuellen Fähigkeiten, für das sichere Gefühl der Geborgenheit ebenso wie für die Verlässlichkeit der Unterrichts-, Förder- und Betreuungszeiten von Kindern und Jugendlichen.

Die selbstständige offene Ganztagsgrundschule bietet dafür die beste Gewähr. Ihr Ausbau bietet neue Chancen für die Einbeziehung sportlicher Betätigung und kultureller Bildungsangebote. Sportvereine, Musikschulen, Kunstschulen, Bibliotheken, Theater- und Museumspädagogen können mit ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten in das schulische Angebot integriert werden. Wir wollen gesetzliche Rahmenregelungen erarbeiten, um den pädagogisch Verantwortlichen, dem Zusammenspiel der Träger und Akteure untereinander und der Finanzierung eine für alle Beteiligten verbindliche Basis geben. Auch bei baulichen Investitionen sollten Räume für sportliche Betätigung, Bibliotheksangebote, künstlerische Arbeit und Musikausübung geschaffen werden.

15. Schulstruktur kontinuierlich und sensibel weiterentwickeln

Das Schulsystem der Zukunft erfordert mehr als nur die Optimierung des gegenwärtigen Zustands. Mit der Überzeugung, dass die integrative der selektiven Unterrichtung zumindest in einer längeren Phase der Schulzeit für alle Schüler überlegen ist, weil nicht nur die Schwachen von den Starken lernen, sondern auch umgekehrt, ist die SPD in den siebziger und achtziger Jahren auf erbitterten Widerstand gestoßen. Die PISA-Studie hebt den Wert des integrativen Unterrichts besonders hervor. Was wir brauchen ist ein neuer bildungspolitischer Konsens, der unter Wahrung des Elternwillens auf eine den Ansprüchen der Zukunft gerechtwerdende Schulstruktur hinführt.

Das Haus des Lernens entsteht nicht als Neubau am Reißbrett. Die Politik kann und muss Fundamente legen. Es geht darum, ein bewohntes Haus zusammen mit seinen gegenwärtigen Bewohnern und in Kenntnis der Ansprüche künftiger Nutzer zielgerecht umzugestalten. Das ist eine Herausforderung an unsere Überzeugungskraft. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass Veränderungen mit uns nicht ins Ungewisse, sondern zu Spitzenergebnissen führen.

Dafür brauchen wir den klaren und eindeutigen Willen zur Veränderung, aber auch die Sensibilität der richtigen Schrittfolge im rechten Tempo. PISA hat uns gezeigt, dass unser vielgliedriges Schulsystem nicht zu den Ergebnissen führt, die wir brauchen und uns wünschen. Die einzelnen Schulformen bestimmen noch viel zu stark und viel zu abschließend die Leistungsentwicklung und damit die Lebenschancen unserer Kinder. Viele Talente werden damit vertan; Chancengleichheit bleibt auf der Strecke. Aber auch die demografische Entwicklung – der Rückgang der Schülerzahlen – setzt ein zu stark ausdifferenziertes System unter Druck, wenn alle unsere Schulen stark und leistungsfähig sein sollen. Wir werden deshalb unsere Schulstruktur reformieren müssen und wir wollen das auch ohne ideologische Scheuklappen, aber mit Augenmaß tun. Für die nächsten Jahre ist es wichtig, pragmatische, punktgenaue Lösungen zu ermöglichen; wir setzen dabei vor allem auf die stärkere Steuerung der Schulträger und die enge Kooperation mit ihnen. Unser Ziel ist eine moderne Schulstruktur für die Sekundarstufe I, die mehr und bessere Chancen eröffnet für den erfolgreichen Übergang in die Gymnasiale Oberstufe und die Bildungsgänge des Berufskollegs. Der Gedanke der

besseren Integration, die demografische Entwicklung und die Stärkung der einzelnen Schule weisen auf eine Zukunft mit einem zweisäuligen Schulsystem.

Deshalb werden wir die Sonderschulen in unser Schulsystem integrieren. Wir wollen es nicht hinnehmen, dass 6 % der Kinder in Nordrhein-Westfalen, mit steigender Tendenz, die Sonderschulen für Lernschwache und für Kinder mit Erziehungsdefiziten besuchen. Es muss gelingen, auch diese Kinder durch individuelle und intensive Förderung und Begleitung in unser Schulsystem zu integrieren. Die dafür nötigen personellen und finanziellen Ressourcen wollen wir im Zuge des Umbaus des Bildungssystems Schritt für Schritt aus den Sonderschulen in das reguläre Schulsystem übertragen und dort integrieren.

16. Lehreraus- und –fortbildung an veränderte Rahmenbedingungen anpassen

In der komplexen Welt von heute kann Schule nicht den Anspruch haben, dass Schulabgängerinnen und Schulabgänger **alles können**. Ihr Ziel muss es sein, dass sie mit dem Erwerb von Kernkompetenzen und Schlüsselqualifikationen **alles können können**. Damit schaffen wir die Grundlagen dafür, dass in Hochschule, Berufsausbildung und Weiterbildung die nötigen Fachkenntnisse erweitert werden können. Die Lehrpläne und Curricula müssen dafür entfrachtet und lebensnäher werden. Die berufsorientierenden Angebote müssen verstärkt werden.

Den Ansprüchen an einen altersgerechten qualitativ höchstwertigen Unterricht in allen Phasen der schulischen Bildung gerecht zu werden, ist eine verantwortungsvolle Herausforderungen an unsere Lehrerinnen und Lehrer. Die Art der Ausbildung und Weiterbildung, die Lehrinhalte und didaktischen Methoden müssen den Anforderungen an einen zeitgemäßen und zukunftsorientierten Unterricht kontinuierlich angepasst werden.

Berufliche Ausbildung

17. Berufsbildungsgesetz novellieren

Das duale System der beruflichen Ausbildung in Deutschland hat internationalen Vorbildcharakter. Entscheidend dafür war immer, dass sich die Wirtschaft ihrer Mitverantwortung für ein Potenzial an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestellt hat. In der Gesamtsicht hat dieses Engagement in Besorgnis erregender Weise nachgelassen. Unsere Aufgabe ist es, Unternehmen aller Größenordnungen an diese Verpflichtung zu erinnern, so wie sie im nordrhein-westfälischen Ausbildungskonsens niedergelegt ist. Gleichwohl brauchen wir Strukturen, die auch für jene die Möglichkeit einer qualifizierten Berufsausbildung schaffen, die im dualen System keinen Platz finden.

Vor diesem Hintergrund ist eine wesentlich größere und flexiblere Beteiligung der Betriebe an der beruflichen Qualifizierung von Jugendlichen gefordert. Die Quote von knapp 30 % aller Betriebe, die bislang ausbilden, muss deutlich gesteigert werden, um allen Jugendlichen, die keine vollzeitschulische oder universitäre Laufbahn einschlagen wollen, einen Zugang zum Lernort Betrieb zu eröffnen.

Zentraler Baustein zur Sicherung einer zukunftsfähigen, attraktiven beruflichen Aus- und Weiterbildung ist die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Unter anderem muss die Novellierung des BBiG bei der Modernisierung des Berufssystems

- das Recht auf eine vollständige Ausbildung in einem Beruf (Beibehaltung des Berufskonzepts) ebenso sichern wie

- die Gleichwertigkeit der Lernorte Berufskolleg und Betrieb und
- den Bildungsauftrag der Berufskollegs,
- die Einführung theoriegeminderter Ausbildungsgänge, die aber die Vollendung einer vollständigen Ausbildung offen lassen, vorsehen,
- die Einführung modularer Ausbildungsgänge, die auch benachteiligten SchülerInnen die Möglichkeit eröffnen, langfristig eine Berufsausbildung zu erreichen, ermöglichen,
- betriebsnahe berufsvorbereitende Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche, die sozialpädagogisch begleitet werden und mit einer Bescheinigung der beruflichen Handlungskompetenz verbunden sind, vorsehen.

Alle Maßnahmen sollten aufeinander aufbauen können und eine bestmögliche Beruflichkeit ermöglichen.

Das bestehende System der Dualen Ausbildung bedarf zudem einer Reihe konkreter Veränderungen und Ergänzungen. Hierzu zählen der frühzeitige und kontinuierlich angelegter Einbezug der Arbeitsweltrealität in die allgemeinbildenden Schulen, verzahnte Ansätze von Schule und Betrieb in den Abgangsklassen der allgemeinbildenden Schulen sowie den Berufskollegs sowie neue Formen der Verbundausbildung zwischen Betrieben, Trägern und Schulen.

Ist es bereits jetzt möglich, die Dauer eines Ausbildungsganges bei Abiturienten zu verkürzen, so wird zukünftig die Anpassung der Ausbildungsgestaltung an das jeweils individuelle Lerntempo der Auszubildenden stärker in den Vordergrund treten. Sowohl lernschwache als auch lernstarke Auszubildende muss eine Verkürzung der Ausbildungszeit ermöglicht werden. Wir wollen die Neuordnung von Ausbildungsberufen mit der darauf aufbauenden Weiterbildung verbinden und den Erwerb anerkannter Qualifizierungsbausteine in der Berufsvorbereitung, einen schrittweisen Erwerb eines anerkannten Berufsabschlusses im Rahmen von Aus- und Weiterbildung sowie den Erwerb von (zertifizierten) Zusatzqualifikationen ermöglichen.

Hochschule

18. Wir brauchen mehr qualifizierte Hochschulabsolventen

Um den Weg in die globalisierte Wissensgesellschaft erfolgreich zu gehen, braucht NRW mehr Menschen mit einem Hochschulabschluss. In einer Gesellschaft mit intelligenten Produkten und Dienstleistungen eröffnen qualifizierte und höhere Bildungsabschlüsse die besten individuellen Lebenschancen. Ziel einer sozialdemokratisch geprägten Hochschulpolitik ist es, möglichst viele auf diesem Weg mitzunehmen. Wir wollen auch Menschen aus bildungsfernen Schichten solche Abschlüsse zu ermöglichen.

Studierende müssen intensiver betreut und gezielter beraten werden. Denn wir brauchen nicht nur mehr Studierende, sondern auch höhere Studienerfolgsquoten.

Hochschulbildung muss stärker als bisher auch zum integrativen Bestandteil eines Gesamtkonzeptes zum "Lebensbegleitenden Lernen" werden. Die Bedeutung wissenschaftlicher Weiterbildung wird hierdurch steigen. Dafür werden wir flexible Systeme aufbauen.

19. Strukturen und Inhalte der Hochschulbildung weiterentwickeln

Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich dient den Studierenden, unserem Wohlstand und der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger. Hieraus ergibt sich eine Notwendigkeit, Strukturen und Inhalte der Hochschulbildung zu verändern. Dabei müssen bisher zugrunde gelegte Kriterien wie das Prinzip der Regionalversorgung oder das Prinzip der Egalität überprüft werden. Wir brauchen eine profilierte Hochschullandschaft, die jedem nach seinen individuellen Leistungen und Fähigkeiten offen steht.

Der Qualitätspakt gibt unseren Hochschulen verlässliche Haushalte und Planungssicherheit bis zum Ende dieses Jahrzehnts.

Hochschulautonomie bedeutet nicht allein Selbststeuerung, sondern auch Eigenverantwortung für Erfolg oder Misserfolg in der Erreichung vereinbarter Leistungsziele. Wir brauchen weniger staatliche Detailplanung und mehr Eigenverantwortung der Hochschulen für den Bildungserfolg.

20. Forschung braucht Profilbildung und Vernetzung

Grundlagenforschung und anwendungsbezogene Forschung müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stattfinden. Forschungspolitik darf ökonomische Faktoren nicht ignorieren, darf sich aber auch nicht an kurzfristigen Nützlichkeitsabwägungen orientieren. Sozialdemokratische Wissenschaftspolitik bekennt sich zu der ethischen Verantwortung, die mit der Forschung und der Verwertung von Forschungsergebnissen verbunden ist.

Forschungspolitik und Strukturpolitik müssen kompatibel sein, oder anders: Forschungspolitik muss auch Strukturpolitik sein. Das bedeutet: Im Bereich der Forschung müssen die Hochschulen in NRW arbeitsteilige, komplementäre Profilschwerpunkte ausbilden, die ihrerseits mit regionalen wirtschaftspolitischen Schwerpunkten korrespondieren sollen.

Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes NRW, aber auch speziell der Hochschullandschaft, müssen sich die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen noch stärker als bisher vernetzen. Dies gilt sowohl untereinander, international, als auch regional und insbesondere auch in Bezug auf andere Bildungseinrichtungen (Vorschule, Schule, berufliche Bildung).

Lebensbegleitendes Lernen und politische Bildung

21. Fort- und Weiterbildung muss neuen Bedarfen Rechnung tragen

Die Wissensgesellschaft braucht über exzellente allgemeine Abschlüsse hinaus vor allem passgenaue Anchlüsse; sie braucht weniger fremdgesteuertes, mehr selbstgesteuertes problemlösendes Lernen und vor allem braucht sie keine Versäulung, sondern eine Vernetzung der Bildungsbereiche. Dabei kommt neben dem Erwerb von Wissen und Kompetenzen der Auffrischung, Aktivierung und Erweiterung von bereits vorhandenen Kenntnissen und Fähigkeiten steigende Bedeutung zu. Weiterbildung in allen Lebensphasen wird geradezu existenziell wichtig. Zur Realisierung eines stringenten und planvollen lebensbegleitenden Lernens für alle Bürgerinnen und Bürger muss ein Rahmen gesetzt, müssen ausreichend Möglichkeiten gegeben werden. Gerade hier fühlen wir uns in unserer aktivierenden Bildungspolitik besonders gefragt und herausgefordert.

Wir werden uns dafür einsetzen, unter Einbeziehung der Schulen, der Hochschulen, der Betriebe und der Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen ein qualifiziertes Angebot für lebensbegleitendes Lernen aufzubauen. Dazu wollen wir die Kompetenzen und Ressourcen des Landes, der Kommunen und der anderen weiterbildungspolitisch relevanten Akteure regional bündeln, um das Weiterbildungsangebot qualitativ und quantitativ weiter zu optimieren. Dabei werden wir die Erfahrungen der Modellprojekte „Lernende Regionen“ mit den Möglichkeiten des Weiterbildungsgesetzes für alle Regionen in Nordrhein-Westfalen nutzen.

Wir wollen das Know-how und die Ressourcen der berufsbildenden Schulen für die Weiterbildung nutzen. Sie sollen zukünftig auch eigenständige Anbieter von Weiterbildung und Träger ausbildungsbegleitender Hilfen werden. Berufsbildende Schulen sollen zu regionalen Berufsbildungszentren entwickelt werden.

Das Rückgrat der Weiterbildungspolitik des Landes bleibt das novellierte Weiterbildungsgesetz. Wir werden das Gesetz deshalb weiterhin mit einer verlässlichen Finanzierung ausstatten. Gleichzeitig wollen wir aber auch modellhaft neue Finanzierungsformen wie Bildungssparen, Bildungsdarlehen, Bildungsgutscheine oder Bildungskonten erproben, ohne die Finanzierung auf den Einzelnen soweit abzuwälzen, dass der Zugang zur Weiterbildung sozial selektiert wird.

Die Volkshochschulen sollen als kommunale Weiterbildungszentren dienen und sich flächendeckend vernetzen. Wir werden sie andere Weiterbildungseinrichtungen besonders dabei unterstützen, ihre Angebote im Bereich des Nachholens von Schulabschlüssen sowie der Grundbildung / Alphabetisierung nicht nur zu erhalten, sondern auszuweiten, um Benachteiligten neue Chancen bei der Lebensgestaltung und auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Für die Entwicklung der Weiterbildung halten wir folgende Ansätze und Instrumente bedeutsam:

- die Herstellung einer größeren Transparenz und Kundenorientierung in der Weiterbildungslandschaft,
- die Schaffung besserer Zugänge zu Klein- und mittleren Unternehmen und ihren Beschäftigten sowie zu Berufsgruppen, die bislang kaum von Weiterbildungsangeboten erreicht wurden,
- die Dokumentation erworbener fachlicher und informeller Kompetenzen,
- die Ausweitung von integrierten Ansätzen des e-Learnings und Präsenzphasen sowie
- der Aufbau integrierter Angebote von allgemeiner, beruflicher und politischer Bildung
- Stärkere Qualifizierung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie die Ausweitung der Forschung zur Altersbildung

von besonderer Bedeutung.

22. Politische Bildung bleibt konstitutives Element einer starken Demokratie.

Die politische Bildung ist für die Sozialdemokratie ein unverzichtbarer Baustein der Weiterbildung. Im Rahmen von Konzepten des lebensbegleitenden Lernens muss es unser Ziel sein, allen Zugang zu gesellschaftspolitischem Wissen und Kompetenzen zu ermöglichen, sowie Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die ein selbstständiges Urteil über gesellschaftliche Zusammenhänge ermöglichen und eine aktivere Mitwirkung in der Demokratie fördern. Vor diesem Hintergrund ist politische Bildung ein konstitutives Element unserer demokratischen politischen Kultur. Die Förderung der politischen Bildung und ihrer Weiterentwicklung ist eine elementare öffentliche Aufgabe. Politische Bildung ist ein unverzichtbarer, eigenständiger Bildungsbereich in einem Gesamtsystem der Weiterbildung.

Teil VI: Die nächsten Schritte

23. Wir brauchen einen bildungspolitischen Orientierungsrahmen

Mit einem bildungspolitischen Orientierungsrahmen werden wir die Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen schaffen, die unser Bildungssystem nachvollziehbar und verlässlich und in einem breiten gesellschaftlichen Konsens auf die künftigen Erfordernisse unseres Landes ausrichtet. Er soll auf unserem a.o. Landesparteitag am 14. Juni verabschiedet werden.

Der Orientierungsrahmen

- dient der innerparteilichen Verständigung und politischen Orientierung,
- benennt die Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik für die Öffentlichkeit,
- formuliert unsere Ausgangsposition bei der Suche nach einem bildungspolitischen Konsens, der den oben genannten Zielen Rechnung trägt und
- beschreibt eine bildungspolitische Zukunftsperspektive für Nordrhein-Westfalen.
- soll einen Katalog kurz-, mittel- und längerfristiger Maßnahmen aufbauen, mit denen wir unser Bildungssystem in eine internationale Spitzenposition führen wollen.

24. Orientierung für die Praxis: Kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen

Der bildungspolitische Orientierungsrahmen soll einen Kompass für die Praxis bieten. Dazu gehört,

- die Kindergärten und die Erzieherinnen und Erzieher in die Lage zu versetzen, ihre Aufgabe als erste Bildungsinstitution im Leben junger Menschen besser wahrzunehmen,
- die Schuleingangsuntersuchung so vorzulegen, um im Jahr vor der Einschulung eine gezielte Förderung der für die Schule notwendigen Ausgangsqualifikation zu ermöglichen. Hierzu gehört insbesondere der Erwerb altersgemäßer Kenntnisse der deutschen Sprache,
- die schon bestehenden Möglichkeiten Kinder früher einzuschulen,
- Ganztagesangebote und –inhalte zu stärken und weiterzuentwickeln,
- Unterrichtsausfall wirksam zu beheben,
- die Lehrinhalte mit Blick auf eine Stärkung von Schlüsselqualifikationen zu überprüfen und anzupassen,
- die Lehrmittelqualität zu überprüfen und zu verbessern,
- ein Konzept für eine zukunftsweisende Schulstruktur zu entwickeln, das den regionalen demographischen und soziostrukturellen Rahmenbedingungen Rechnung trägt und sich auf einen breiten Konsens aller an der Bildung Beteiligten stützen kann,
- lokalen Disparitäten durch eine differenzierte finanzielle und personelle Ausstattung entgegenzuwirken,
- pädagogische Standards und schulorganisatorische Maßnahmen auf der Grundlage internationaler Untersuchungen und Erfahrungen den Bedingungen des Landes entsprechend fortzuschreiben (z.B. Alternativen zur Nichtversetzung),
- ein individuelles, für die Schüler verbindliches Förderkonzept zu entwickeln,
- Grundlagen für mehr Selbstständigkeit, Führungsverantwortung und Qualitätssicherung zu schaffen (Erfolgscontrolling, landeseinheitliche Prüfungen),

- das geltende System der Unterrichtszeiten (Minuten pro Stunde, Stunden pro Tag, Tage pro Jahr und Jahre bis zum Bildungsabschluss) auf den Prüfstand zu stellen und zu optimieren,
- den erwarteten Rückgang der Schülerzahlen für eine weitere Qualitätsverbesserung zu nutzen,
- die Lehreraus- und –fortbildung in inhaltlicher und didaktischer Hinsicht zu optimieren,
- die Förderung des lebensbegleitenden Lernens mit Blick auf berufsbezogene, soziale, interkulturelle und gesellschaftliche Anforderungen weiter zu optimieren,
- Strukturen und Inhalte der Hochschulbildung mit Blick auf eine internationale Vernetzung und internationalen Wettbewerb weiter zu stärken,
- und: Alle an der Bildung junger Menschen Beteiligten an ihre Mitverantwortung zu erinnern. Kinder, deren Eltern sich bei Erziehung und Bildung nicht ausreichend engagieren, werden in jedem Bildungssystem der Welt schlechtere Chancen haben als diejenigen, die zuhause Zuwendung und Unterstützung erfahren.

25. Nur ein gutes Klima kann zu einer ergebnisorientierten Bildungsdebatte beitragen

Unsere Erfahrung ist: Eine gute Bildungspolitik braucht nichts weniger als auszehrende Glaubenskriege, in denen große Visionen versprochen, aber keine konkreten Fortschritte gemacht werden. Wir greifen den Appell unseres Bundespräsidenten auf: Die bildungspolitische Debatte darf nicht vom „Entweder-Oder“ geprägt sein, sie muss vom „Und“ geprägt sein: Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit, Leistung und soziales Lernen, Individualität und Verantwortung. Wir brauchen eine „Klimapolitik“ für Bildung, Wissen und Erziehung. Denn nur in einem guten Klima gedeihen die Selbst- und Weltverwirklichungskräfte der Menschen und unser Bildungswesen.

Düsseldorf, 24. März 2003